

In Niedersachsen gibt es besonders viele Geringverdiener\*innen / SoVD fordert Maßnahmen der Politik

## Wenig Geld trotz Vollzeitarbeit

Laut einer aktuellen Studie, die die Hans-Böckler-Stiftung veröffentlicht hat, sind 18,7 Prozent der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland Geringverdiener\*innen. Dazu zählen Arbeitnehmer\*innen, deren Brutto-Monatslohn weniger als 2.284 Euro beträgt. In Niedersachsen ist die Quote mit 19,9 Prozent sogar noch höher als im Bundesdurchschnitt. Vor allem Menschen in strukturschwachen Regionen, Frauen und Geringqualifizierte sind betroffen. Der SoVD in Niedersachsen fordert von der Landesregierung umfassende politische Maßnahmen, um dieser Entwicklung gegenzusteuern.

Laut einer Auswertung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung sind in Niedersachsen mehr der in Vollzeit tätigen Menschen Geringverdiener\*innen als im bundesdeutschen Durchschnitt. Mit 19,9 Prozent gehört in Niedersachsen etwa jede fünfte in Vollzeit beschäftigte Person zu den Geringverdiener\*innen. Arbeitnehmer\*innen zählen zu Geringverdienenden, wenn sie weniger als zwei Drittel des mittleren monatlichen Bruttoarbeitsentgeltes aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten erhalten – das entspricht einem monatlichen Bruttoarbeitsentgelt von unter 2.284 Euro. Die Studie basiert auf Entgeltdaten der Bundesagentur für Arbeit von 2020. Betroffen sind vor allem Menschen in ländlichen strukturschwachen Regionen wie Wittmund in Ostfriesland (29,0 Prozent) oder Helmstedt

(28,1 Prozent) sowie Beschäftigte in der Fischerei, Land- und Fortwirtschaft, im Gastgewerbe oder in der Leiharbeit. Zu den Geringverdienenden zählen außerdem besonders häufig junge Beschäftigte unter 25 Jahren, Arbeitnehmer\*innen ohne Berufsabschluss, Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und Frauen. Ende 2020 mussten in Niedersachsen 30,2 Prozent der Frauen trotz Vollzeitarbeit mit einem niedrigen Arbeitsentgelt auskommen, aber nur 15,5 Prozent der Männer.

„Bedauerlicherweise sind Frauen maßgeblich im Niedriglohnsektor beschäftigt, gerade auch in den Bereichen, in denen traditionell schlechter bezahlt wird, wie zum Beispiel im Einzelhandel, bei körpernahen Dienstleistungen, in der Pflege“, sagt Dirk Swinke, Landesgeschäftsführer des SoVD in Niedersachsen. Der SoVD appelliert an die Landesregierung, auf die drastische Situation in Niedersachsen zu reagie-

ren. Die Landesregierung müsse einen Mix von Maßnahmen ergreifen, um den Problemen entgegenzuwirken, so Swinke. Denn die Geringverdiener\*innen sind schon heute oft armutsgefährdet und dementsprechend besonders häufig von Altersarmut betroffen. „Die erste Stellschraube ist definitiv die Erhöhung des Mindestlohns auf 13 Euro“, sagt Swinke weiter. Nur eine Anhebung könne die armutsfeste Entlohnung für Arbeitskräfte sichern. Hierfür sei auch erforderlich, die betreffenden Branchen stärker in die Pflicht zu nehmen, ihre Angestellten fair zu entlohnen. Aus Sicht des SoVD wäre es auch hilfreich, Weiterbildungsprogramme für Geringqualifizierte auszuweiten und junge Berufstätige besser zu unterstützen. Als weitere Maßnahme fordert der SoVD ein Angebot mit flexibler Kinderbetreuung, die Eltern den Einstieg in den Job wieder möglich macht und erleichtert.

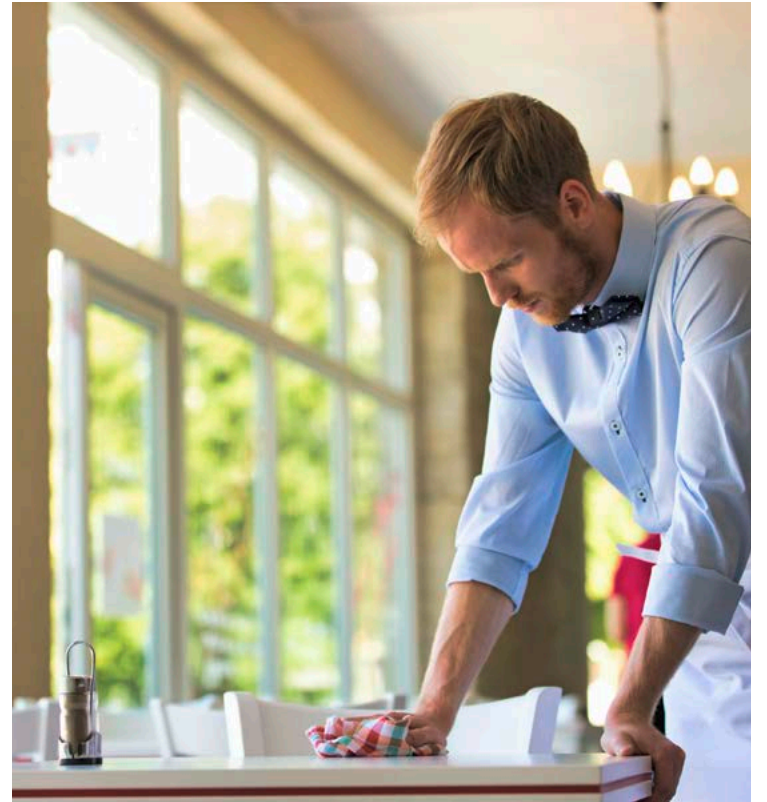


Foto: moodboard / Adobe Stock

**In Niedersachsen ist fast jede\*r fünfte Vollzeitbeschäftigte Geringverdiener\*in. Um dieses Problem zu bekämpfen, fordert der SoVD ein Zusammenspiel verschiedener Maßnahmen.**

Ärztmangel auf dem Land: SoVD fordert Sofortmaßnahmen zur Ergänzung der Landarztquote

## Politik muss kurzfristige Lösungen liefern

Das Problem ist seit Langem bekannt: Gerade im ländlichen Raum in Niedersachsen ist die grundlegende Versorgung mit Hausärzt\*innen nicht mehr flächendeckend gewährleistet. Zwar hat die Landesregierung einen Gesetzentwurf zur Landarztquote für die Ausbildung von Allgemeinmediziner\*innen vorgelegt. Aus Sicht des SoVD in Niedersachsen fehlt es allerdings an kurzfristigen Maßnahmen, um das Problem schnellstmöglich anzugehen.



Foto: Kzenon / Adobe Stock

**Viele Patient\*innen in ländlichen Regionen Niedersachsens müssen schon heute längere Wege auf sich nehmen, um ihre Hausarztpraxis aufzusuchen.**

2030 werden 60 Prozent der rund 5.000 niedersächsischen Hausärzt\*innen im Rentenalter sein. Gleichzeitig steigt jedoch aufgrund des demografischen Wandels der Versorgungsbedarf. „Unsere Mitglieder berichten uns immer öfter von Ärztemangel und weiten Wegen, die sie für eine Behandlung zurücklegen müssen“, sagt Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Hinzu komme, dass es generell zu wenig barrierefreie Praxen gebe.

Der größte Sozialverband in Niedersachsen drängt deshalb auf weitere schnelle Maßnahmen: „Die Landesregierung will mit mehr Studienplätzen und einer sogenannten Landarztquote den Mangel beheben. Das ist sicherlich ein sinnvoller Baustein, dauert aber viel zu lange. Menschen im ländli-

chen Raum brauchen jetzt eine gute ärztliche Versorgung“, so Sackarendt. Wie wichtig Ansprechpartner\*innen vor Ort seien, sehe man gerade jetzt während der Corona-Pandemie.

Aus Sicht des SoVD seien deshalb vielfältige und tatkräftige Lösungsansätze notwendig. „Es muss zum Beispiel mehr Teilzeitmodelle geben, um die Tätigkeit attraktiver zu gestalten. Denn: Die Bedürfnisse und Lebensmodelle von Ärzt\*innen ändern sich“, fordert der niedersächsische SoVD-Chef. Zudem müsse die Einführung regionaler Gesundheitszentren mit verschiedenen Fachärzt\*innen schnell vorangetrieben werden. „Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung bietet hier genügend Anknüpfungspunkte, damit das Land eingreifen und die Situation steuern kann“, betont Sackarendt.